

## FREIWIRTSCHAFT

Nr. 51 Mai/Juni 2012

**Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche**

**Liebe freiwirtschaftliche Freundinnen und Freunde,**

hier wieder der zweimonatlich erscheinende Rundbrief im Vorfeld unserer ersten virtuellen **Mitgliederversammlung. am 23. Juni.** Bislang haben sich 8 Mitglieder für diese experimentelle Internetversammlung angemeldet. Wer sich kurzfristig noch entscheiden kann, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen, den bitte ich dringend um Kontakt unter [info@freiwirte.de](mailto:info@freiwirte.de) oder telefonisch unter 02602/180 150, denn auch ohne Internet lässt sich die Tagung am Telefon weltweit verfolgen. Wir sind gehalten einen neuen Vorstand zu wählen und suchen noch nach Kandidaten. Die Tagung beginnt an diesem Samstag um 10:00 Uhr und soll bis max. 15:00 Uhr beendet sein.

Hier nun wieder einige interessante Beiträge

\*

### **Pinke Pinke! Bimbos! Cash!**

*Von Tilmann Patt*

Bekanntlich begegnen uns 500- und 200-Euro-Scheine im täglichen Geschäftsleben äußerst selten. Selbst die Tankstellen der internationalen Konzerne sind nicht geneigt, diese Euro-Scheine bei Barzahlungen zu akzeptieren. Auch unsere Finanzämter haben zwischenzeitlich ihre Kassen aus "Kostengründen" geschlossen und bestehen ausschließlich auf bargeldloser Zahlung.

Die 500 und 200 Euro-Scheine "arbeiten" leider nicht, da sie als Wertaufbewahrungsmittel irgendwo (wahrscheinlich noch in Originalbande-rolle) versteckt gehortet werden!

Wer über Bargeld verfügt, wird von offizieller

Seite sogar mit der Mafia in Verbindung gebracht.

Dabei ist Bargeld nichts anderes als ein legitimes Bezugsrecht auf Dinge - egal ob auf Güter oder Dienstleistungen - die im Markt angeboten werden.

Die Aufgabe der EZB ist, die Wirtschaft in Europa so mit Euro-"Geld" zu versorgen, dass das allgemeine Preisniveau stabil bleibt.

Leider sind unsere Euro-Währungshüter in Frankfurt so dreist, selbst nicht in der Lage zu sein, die mehr als dubiose Hausparole "Zwei Prozent Inflation ist die angestrebte Stabilität" überhaupt einzuhalten.

Wieviel Bargeld hat die EZB "im Umlauf" oder herausgegeben? Dem nachstehenden Link [https://stats.ecb.europa.eu/stats/download/bkn\\_no-tes\\_quant/bkn\\_notes\\_quant/bkn\\_notes\\_quant.pdf](https://stats.ecb.europa.eu/stats/download/bkn_no-tes_quant/bkn_notes_quant/bkn_notes_quant.pdf)

ist zu entnehmen, dass die Addition aller herausgegebenen 500 und 200 Euroscheine sage und schreibe EIN DRITTEL der herausgegebenen Gesamtbargeldgesamtmenge (egal, ob in Scheinen oder in Metall) entspricht.

Vielleicht ist auch folgendes Bargeld-Zahlenmaterial - betrifft nur die Bundesrepublik Deutschland - erwähnenswert:

Am 25. März 2010 teilte mir die Kommunikationsabteilung der Deutschen Bundesbank hinsichtlich der von ihr herausgegebenen Euro-Bargeldmenge - wird (leider fälschlicherweise) als "im Umlauf befindlich" angegeben -folgendes mit:

### **Bargeld total**

| Jahr | Mio €  | In Noten | In Münzen |
|------|--------|----------|-----------|
| 2008 | 335176 | 328490   | 6686      |
| 2009 | 355371 | 348251   | 7120      |

Nationale Daten zum Bargeldumlauf besitzen kaum noch Aussagekraft. Aus diesem Grund veröffentlicht die Bundesbank keine Daten mehr zu einzelnen Denominationen.

Wenn man diese Buba-Angaben "auswertet", kommt man zu dem Ergebnis, daß vor zwei Jahren - statistisch gesehen - jeder Bürger (vom Säugling bis zum Greis) über mehr als Euro 4300,- Bargeld in der BRD verfügt hat. Geld ist demzufolge genug vorhanden!

Obwohl doch so viel Bargeld "herausgegeben" wurde, stellt sich die Frage, warum fehlt es überall an Geld? Der Bund, die Länder, die Ge-

meinden, die öffentliche Hand, die Unternehmungen, die Sozialhilfeempfänger, die Banken und so weiter und so weiter. Überall, wo man hinschaut, es fehlt/mangelt es überall an Geld!

Und die, die das Geld haben, "glücken drauf" und rücken es bekanntlich nur raus, wenn sie – nach allen Seiten abgesichert – "mehr" dafür bekommen. Das alles ist jedoch (von der Mehrheit als "arbeitslose Einkommen" bezeichnet) in unserer Demokratie gesetzeskonform und wird nur von "Neidern" bekrittelt. Sogar die "Gottesmänner" vertreten die Meinung: Der Teufel macht immer nur auf einen vorhandenen Haufen! Oder anders ausgedrückt: Das war schon immer so - das ist die von Gott gewollte Ordnung!

Geld ist aber eine von Menschen für Menschen gemachte Einrichtung. Letztere ist zu verbessern.

Offensichtlich ist die eigentliche Mangelursache unseres Geldsystems darauf zurückzuführen, dass die Geldzirkulation nicht richtig funktioniert. Sehr zäh und immer schneckenartiger geht es nur noch voran. Und das ist nicht nur – wie oben nachgewiesen – beim Bargeldumlauf so, sondern bereits auch beim Kreditgeld (Giro = Kreis) der Fall.

Die "System-Banken" können das Geld zu 1 % bei der Buba (Tochter der EZB) besorgen und wissen nicht, ob sie es zu 5 % oder 6 % an Griechenland/Spainien ausleihen können. Beim Interbankengeschäft vertrauen sie sich teilweise ja gegenseitig nicht mehr! Und der brave "Dummbürger" soll dann die Zeche zahlen, nach dem Motto: Das war schon immer so!

Sollen doch die Banken, die Griechenland bisher "systemrelevante" Kredite gewährt haben, diese Kredite abschreiben oder "pleite" gehen!

Warum soll der Steuerzahler dafür aufkommen? Er hat den Griechen und den anderen Südeuropäern doch kein Geld geliehen! Nach meinem Wissen sind Verträge zu Lasten Dritter doch verboten. Richtig? Hat unser Staat bei der Anwendung dieses Rechts jedoch für die Banken und sich selbst etwa noch ein Schlupfloch offen gelassen? Wenn ja, wie ist das demokratisch "legitimiert"?

Das größte Übel ist immer, wenn die Kreisläufe nicht mehr (oder "höchst schwerlich") geschlossen werden können, dann FEHLT GELD! Das ist die KruX!!!

Herr Irving Fisher schrieb bereits 1935 "Sichtguthaben auf Bankkonten sind das moderne Äquivalent für Banknoten". Ja, da sind wir heute angelangt. Aber Bankguthaben sind kein Bargeld, sondern nur Ansprüche darauf. Ich glaube, dass Fishers 100% money (Vollgeld) uns einen großen Schritt weiterführt. Viele Monetative-Befürworter wollen diesen Weg einschlagen. Aber eine "Finallösung" ist das leider immer noch nicht, da eine störungsfreie Bargeldzirkulation noch aussteht. Die Gretchenfrage lautet also:

WIE WIRD DER GELDUMLAUF STÖRUNGS-

FREI GESICHERT?

Die Vorbilder aus der Natur zeigen uns, wie es richtig funktioniert: Blutzirkulation im Körper, Erde umläuft die Sonne, der Mond kreist um die Erde, Tag/Nacht, Ebbe/Flut, Frühling/Sommer/Herbst/Winter usw.

Geld ist NICHT göttlich; denn es ist von Menschen gemacht. Es soll uns dienen und nicht über uns herrschen.

Warum wird beim Währungs- Geld- und Münzwesen nicht das Grundgesetz Artikel 73 Absatz 4 so angewandt wie es bei Maße, Gewichte und Zeitbestimmung der Fall ist?

Die Methoden von FED, EZB und Buba funktionieren vielleicht über zwei Generationen, aber jetzt wird es immer brenzlicher! Das merken nicht nur die Südeuropäer. Der Systemkollaps ist unausweichlich, denn Schulden kann man nicht immer mit Schulden bezahlen, das wissen auch die Gottesmänner!

Aber wissen auch Sie, lieber Leser dieser Zeilen, das?

### Zins

Die fürchterlichste Erfindung der Menschen ist nicht die Atombombe sondern die Zinsen! Sie zerstören, töten langsam, oft qualvoll aber absolut sicher. Ihre nackte Existenz ist die alleinige Ursache fast allen Übels auf unserem Planeten! Warum ist das so?? Weil unsere Wirtschaftsexperten nicht erkennen dürfen, können oder wollen, dass Zinsen, weder auf der Gewinn- noch auf der Kostenseite eine Leistung erbringen. Und dass die Zinsen (Kapitalkosten, Kapitaldienst) immer durch Fremdleistung aufgebracht werden müssen Die Guthaben/Vermögen aller Deutschen zusammen,(z.Z. etwa acht Bill.) wachsen in diesem Zinsgeldsystem exponentiell (das bedeutet, sie verdoppeln sich etwa alle zehn Jahre) bis 2022 müssen also 8 Bill. (8.000.000.000.000€) aus der Wirtschaft und aus dem allgemeinen Volk gepresst, gequetscht, gesaugt werden. (Von 2022 bis 2032 sind es dann 16 Bill.). Dieses kunstliche, ungesunde Wachstum der Vermögen ist nur möglich, weil die dafür notwendigen Gelder als Zinsen in allen Warenpreisen enthalten sind. Im Moment sind das etwa 40 Prozent. Und die Einsparungen der Kommunen, Länder und des Bundes nur für das Wachstum der Vermögen verwendet werden müssen und nicht um Schulden abzubauen. D.h. Jeder Mensch finanziert den Reichtum einer kleinen Gruppe Menschen von seinem eigenem erarbeiteten Einkommen

Zitat: Wir leben in einem Zeitalter des organisierten Diebstahls; eines so raffinierten Diebstahls, dass der Geschädigte kaum merkt, wie er bestohlen wird, und der Dieb seine Finger gar nicht zu beschmutzen braucht, um fremdes Gut an sich zu bringen.

Alfred Lansburg 31.12.1920, Berliner Bankier.

\*

**Regionales Freigeld statt globaler Sklaverei!  
Verfasst von Niki Vogt am Do, 19/04/2012**

Im Weltnetz unter

<http://www.schildverlag.de/blog/regionales-freigeld-statt-globaler-sklaverei>

Als Kinder spielten wir Kaufladen, wir hatten leere Kaffeemilchdöschen, die wir mit selbstgemalten Etiketten als Konservendosen beklebten und richtige kleine Maggiflaschen-Miniaturen ... und es gab kleines Spielgeld, mit richtigen Münzen und Scheinchen. Zuerst verwendeten wir sie nur zum Einkauf in dem kleinen Spielladen. Da Sie aber selten und begehrt waren und nur zwei Nachbarskinder sie besaßen, bekamen sie bald echten Wert unter uns Kindern in der Lessingstraße. Man konnte einander damit wirklich Dinge abkaufen oder bei Tauschabkommen eine „Wertdifferenz“ ausgleichen. Eine Zeitlang war es so etwas wie ein Regionalgeld unter Grundschulkindern in unserem Viertel. Dann wünschte sich jeder zum Geburtstag so eine Packung Spielgeld aus dem Spielzeugladen und schnell war die zehnfache Menge davon unterwegs. Wir erlebten eine Art Hyperinflation in Kinderland.

Regionalgeld ist von einem Odeur selbstgestrickt-grüner Bürgerinitiativenromantik umgeben – zu Unrecht, denn schon während der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren tauchten regionale Währungen in Deutschland und Österreich auf. Das bekannteste Beispiel ist das „Wörgler Währungsexperiment“ von 1932 bis 1933. Wörgl im Tiroler Unterinntal zählt 1931 gut 4000 Einwohner. In dieser Zeit, zwischen 1929 und 1933 klettert in Österreich die Zahl der Arbeitslosen von 192.000 auf 557.000. Damit war ein Viertel der Arbeiterschaft einkommenslos – auch im Ort Wörgl. Die Politiker in Deutschland und Österreich standen ratlos vor dem Problem, Wörgls neuer Bürgermeister Unterguggenberger hatte sich aber bereits eingehend mit den Ideen des Gesells beschäftigt und fand in dessen Schrift „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ die Blaupause für eine Lösung für seine Region.

Im Oktober 1929 wurde in dem kleinen bayerischen 500-Seelen-Dörfchen Schwanenkirchen die Wära-Tauschgesellschaft gegründet. Man strebte einen zweiten Geldkreislauf mit fließendem Geld an, um sich regional von der deflationären Deutschen Goldmark etwas abkoppeln zu können. Der so eingeführte „Wära“ konnte sich gut etablieren. Bis zu 2000 Unternehmen nahmen dieses regionale Geld an, großzügige Kredite wurden in Wära vergeben, die regionale Wirtschaft blühte auf, Arbeitsplätze wurden geschaffen, das Komplementärgeld war in regem Umlauf – ganz im Gegensatz zur Reichsmark, die in großem Stil gehortet wurde, da ihre Kaufkraft ständig stieg. Das bewirkte natürlich eine weitere Verknappung des Geldes und würgte den Geldumlauf und damit die Wirtschaft ab. Unterguggenberger besuchte Schwanenkirchen

1931 und war begeistert.

Unterguggenberger kam heim, krempelte die Ärmel hoch und legte los. Wörgl war damals vollkommen bankrott und außerstande, seinen hungernden, arbeitslosen Einwohnern zu helfen. Jetzt wurden vom Wörgler Gemeinderat Notstandsarbeiten an Arbeitslose gegeben, für die diese eine „Arbeitswertbestätigung“ erhielten. Diese Scheine wurden wie Geld in Umlauf gebracht und mussten jeden Monat mit einer Notabgabemarke in Höhe von einem Prozent des Wertes beklebt werden, um gültig zu bleiben, ansonsten verloren sie an Wert. Damit wurde sichergestellt, dass die Parallelwährung auch genutzt und ausgegeben wird, anstatt unter Matratzen zu verschwinden. Es dauerte tatsächlich nicht lange, und die Scheine avancierten zum fast ausschließlich genutzte Zahlungsmittel in Wörgl. Innerhalb eines Jahres ging die Arbeitslosigkeit stark zurück, die Zeitungen sprachen von einem Wunder.

Möglich wurde dieses Wunder nicht nur durch eine zusätzlich eingeführte Parallel-Geldmenge, die den Würgegriff der Deflation sprengt, sondern auch durch die eingebaute „Verfallszeit“ dieser Komplementärwährung, ein Umstand, der ihr bei Kritikern die Bezeichnung „Schwundgeld“ einbrachte. Eine hohe Umlaufgeschwindigkeit muss aber gewährleistet sein, um dem Geld seine Aufgabe leicht zu machen und zu verhindern, dass es „gespart“, also dem Kreislauf entzogen wird. Nur dann wird man es nicht horten, sondern schnell weitergeben, ähnlich, wie bei einer einsetzenden Inflation. Das Geld soll auf seine Funktion als Tauschmittel beschränkt werden, und nicht selbst zu einer Ware werden, die man für sich horten und damit spekulieren kann. Das zweite, wichtige Merkmal: Die Währung darf nicht mit Zinsen belastet sein, damit es grundsätzlich nicht zur Ansammlung von immer schneller steigenden Zinserträgen auf gehortetes Kapital in den Sammelbecken der Geldanlagen geeignet ist. Auch in den neuen Entwürfen für eine grundlegende Neuordnung unseres gesamten Systems, wie sie im „Plan B“ des Thinktanks der „Wissensmanufaktur“ um Andreas Popp oder in dem zinsfreien Entwurf eines Geldsystems nach Professor Senf bilden die Ideen des Freigeldes und ein soziales Bodenrecht nach Silvio Gesell in Verbindung mit einer bedingungslosen Grundsicherung jeden Bürgers das tragende Fundament.

Silvio Gesell erklärte den Vorgang so: Der Stand der heutigen Produktionstechnik ermögliche der Wirtschaft Höchstleistungen, was wiederum eine schnelle Gewinn- und Kapitalbildung bewirkt. Größere Geldmengen derer, die so Vermögen angehäuft haben, werden dann in Kapitalsammelbecken gehamstert und dem Geldkreislauf entzogen, um Zinsen zu erwirtschaften, was den produktiven Wirtschaftsraum folglich einschrumpfen lässt. Die Löhne sinken, die Arbeit ernährt die Arbeitenden immer weniger, und sie können sich weniger leisten, weniger konsumieren. Produzierende Firmen werden ihre Produk-

te in einer verarmenden Bevölkerung nicht mehr los und müssen sich gegenseitig im Preis unterbieten – bis in den Ruin. Das vernichtet Arbeitsplätze durch Firmenpleiten. Massen von Arbeitslosen stehen auf der Straße und die Menschen werden wütend und verzweifelt. Gewaltsame Auseinandersetzungen und Verteilungskämpfe sind vorprogrammiert, während den großen Vermögen immer weiter Kaufkraft und Zinsen zuwachsen. Die Schere geht immer weiter auseinander, bis sie sich in einer gewaltsamen Umverteilung wieder schließt.

Die Bildung großer, multinationaler Konzerne ist ein Ergebnis der Globalisierung. Die modernen Kommunikationstechnologien, schnelle und preiswerte Transportnetze über den ganzen Erdball, der Abbau von Regulierungen, Protektionismus und Zöllen im Welthandel machen es möglich, Waren zu jeder Zeit überall hin zu bringen, in Echtzeit quer über den Erdball zu kommunizieren und die Archive der Menschheit wektweit via Internet zu durchstöbern. Aber es ermöglicht den großen Firmen und Konzernen auch, Produktionsstandorte beliebig auf dem Globus zu verschieben, sobald irgendwo niedrige Arbeitslöhne größere Gewinnspannen versprechen und das Produkt konkurrenzfähiger machen. Das zwingt die Menschen zu Lohn-dumping – oder die Produktionsstätte zieht einfach weiter. Die Zerstörungskraft der „global Players“ geht aber weit über ihre eigenen Angestellten und Arbeiter hinaus: Die 500 größten Firmen der Welt kontrollieren siebzig Prozent des weltweiten Handels, beschäftigen aber weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung. Sie zerstören dabei aber unglaublich viele kleine Firmen und Familienbetriebe, die nicht mehr mithalten können. Die Konzerne können ihre Rohstoffe weltweit einkaufen, wo sie am billigsten sind, in den Ländern produzieren, wo die Menschen am billigsten sind und dann über ihre globalen Logistikketten weltweit verkaufen. Sie setzen Regierungen unter Druck, Gesetze gelten für sie oft nicht, sie lassen sich mit hohen Subventionen und Steuerfreiheit anlocken, nur um dann weiterzuziehen um auch dort wieder die Sahne abzuschöpfen. Wo sie gehen, hinterlassen sie eine zerstörte Infrastruktur. Die Menschen jedoch leiden in Ihrem direkten, regionalen Umfeld unter diesen Ausbeutungsmechanismen, ihre Lebensqualität wird dem globalen Markt geopfert.

Diese Folgen der ungebremsten Globalisierung erzeugen überall Frustration, Ratlosigkeit, Armut. Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt wieder Regionalgelder nach dem Konstruktionsprinzip des gesellschaftlichen Freigeldes wie Pilze aus dem Boden schießen. Die Kapitalsammelbecken dieser Welt haben bereits viele Billionen aufgesogen und ziehen - wie schwarze Löcher - mit Zins und Zinseszins immer mehr Geld aus den Händen der Menschen. Lösungen sind gefragt, und die logische Konsequenz aus all dem ist die Unterstützung und das Engagement in der eigenen Region. Die Belebung der Wirtschaft in der ei-

genen Region ist der aufkeimende Gegenentwurf zu Globalisierung und Schuldenklaverei.

Das fängt bei Tauschringen und Märkten mit ausschließlich regionalen Erzeugnissen an. In Griechenland ziehen immer mehr junge Leute in das alte Häuschen von Großvater Kostas auf dem Land, bewirtschaften den Olivenhain, betreiben Imkerei, ziehen Gemüse und verkaufen das auf den Dorfmärkten. Initiativen wie „Kräuterwind“ im schönen Westerwald versorgen die angeschlossenen, kleinen Familienbetriebe mit einem ansprechend-freundliches Design und organisieren Vertriebswege, Werbung, Märkte und kleine Messen. Engagierte Bürger studieren die Erfahrungen des Wörgler Währungsexperiments und bereits funktionierende Regionalgelder wie den „Chiemgauer“, studieren die Funktionsweise von Freigeld und rufen Regionalwährungen ins Leben. Sie funktionieren fast alle nach dem Prinzip des gesellschaftlichen Freigeldes.

Im Österreichischen Vorarlberg hat sich der „Talentkreis“ etabliert, dessen zinslose Verrechnungseinheit „Talent“ gegen Euro eingekauft wird. Beim Rücktausch fällt eine Gebühr an. Das „Talent“ wird von etwa 120 Organisationen angenommen. In Graz und der Oststeiermark ist der „Styrrion“ mit 91 Partnerbetrieben im Umlauf. Mit 192 angeschlossenen Unternehmen ist der „Waldviertler“ in der Umgebung von Schrems schon etwas größer.

Der „Sterntaler“ ist seit 2004 im Berchtesgadener Land regionales Zahlungsmittel und eine Mischung aus eurogedeckten Talern und durch Leistung gedeckten Gutscheinen. Der „Ammerlehtaler“ rund um den Ammersee und bis nach Lech und Landsberg am Lech kommt auf eine Umlaufmenge in der Höhe von 8.000 Euro und wird von 74 Betrieben angenommen. Ein bißchen größer ist die „Kirschblüte“ im Umkreis Witzenhausen. Der „Zschopautaler“ bringt es mit einer Umlaufgeldmenge von ca. 26.000 Euro schon auf ein beachtliches Volumen. Die erfolgreichste deutsche Regionalwährung ist aber mit über einer halben Million Euro Umlaufwert der „Chiemgauer“. Er ist im Umlauf übrigens dreimal so schnell wie der Euro. Es gibt noch weitere, durchaus erfolgreiche Regionalwährungen wie beispielsweise Rheingold, Elbtaler, Urstromtaler, Gwinner, Allgäuer, Tauberfranken, Pälzer, Roland, Havelblüte, Pauer und KannWas.

Der Schweizer „Wir-Ring“ ist ein schon sehr lang eingerichtetes, bargeldloses Verrechnungssystem. Seit 1934 wird diese Möglichkeit eingesetzt, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Kleinunternehmen zu helfen. Es ist eine Art Genossenschaft, in der Gewerbetreibende aus 15 regionalen Gruppen gemeinsam wirtschaften und im Bedarfsfall ihre Mitglieder mit Krediten in „Wir“ unterstützen. Die „WIR“-Bank hat heute eine Bilanzsumme von über drei Milliarden Franken, fast eine Milliarde sind als Kredite vergeben. In Basel und Umgebung wird der BNB (Bon-Netz-Bon) mit einem Umlaufwert von etwa 20.000 Euro seit 2004 recht erfolgreich.

Das englische „Brixton Pound“ ist nur in Lambeth, einem Verwaltungsbezirk Londons gültig. Etwa siebzig Geschäfte haben sich der Stadtteilwährung angeschlossen.

Es gibt solche Regionalgelder in den verschiedensten Ausprägungen weltweit. Allen aber sind bestimmte Merkmale fast immer gemeinsam, wenn sie funktionieren sollen.

Sie ermöglichen

- gerade in „unprofitablen“ Bereichen Arbeitsplätze, wo im herkömmlichen System keine Mittel vorhanden sind.
  - zinsfreie Darlehen, die gezielt kleine Unternehmen in der Region stützen, ohne sie in einen ruinösen Zinsdienst zu zwingen.
  - eine Stützung der Kleinunternehmen und Familienbetriebe durch erhöhte regionale Nachfrage
  - eine Verbesserung und Vernetzung der sozialen Strukturen der Region.
  - Sie unterliegen keiner Inflation, da sie durch Waren und Dienstleistungen abgesichert sind.
  - Sie verhindern das Abwandern der Kaufkraft
  - Sie stärken das Bewusstsein für regionale Produkte, Kreisläufe und Zusammengehörigkeit.
  - Sie bieten keine Möglichkeit für Finanzspekulationen.
  - Sie verbessern das Angebot an kulturellen Projekten, Sozialleistungen und/oder Waren.
- Komplementärwährungen ermöglichen viele genau auf die Bedürfnisse der Region zugeschnittene Projekte und mobilisieren lokales Engagement und Ressourcen. Eine Regionalwährung kann auf diese Weise die kulturelle Widerstandsfähigkeit einer Region stärken und damit das Geborgenheitsgefühl, den Gemeinschaftssinn und die Lebensqualität. Sie schaffen zusätzliche Kaufkraft. Eine Regionalwährung kann auch den Wert von sozialem und kulturellem Engagement abbilden. Diese Engagements werden ebenfalls mit zinsfreien Krediten und aufgrund demokratischer Beschlüsse unterstützt und tragen damit zur Lebensqualität, zum Zusammenhalt und zum Geldumlauf bei. Auf diese Weise sind Regionalwährungen für alle ein Gewinn und ein funktionierender Weg zu blühenden Regionen, mehr sozialer Gerechtigkeit, Stärkung der Eigeninitiative von Einzelnen und Gruppen, zur Stützung der Familienbetriebe, Arbeitsplatzbeschaffung und Vernetzung der Menschen

*Darauf antwortete unser Leser Silber-Engel am Fr, 20/04/2012 - 9:37PM.*

„Silvio Gesell erklärte den Vorgang so: ...“ – So auf keinen Fall! Befrage ihn am besten mal selbst, statt von Verwässerern seiner Zinstheorie abzuschreiben. Gesell erklärt es genau umgekehrt: Um zu VERHINDERN, dass die Vermögenden „ihr“ Geld dem Geldkreislauf entziehen, müssen wir ihnen den Zins bezahlen! Dadurch sammeln sich die Vermögen, die damit zu Kapital werden, immer weiter an u.s.w. Nur deshalb ist die Wirtschaft zu Höchstleistungen gezwungen, und nur deshalb kann uns dieses

Geld dazu zwingen, unsere Erde incl. seiner Bewohner zu zerstören. Abhilfe wäre damit ziemlich leicht möglich. Dieses „Geheimnis“ kapitalschützend zu verbergen, dazu trägt der Artikel leider bei, obwohl er bestimmt in guter Absicht geschrieben wurde!

Folgerichtig kommst du zu fatal falschen Schlussfolgerungen: „Das zweite, wichtige Merkmal: Die Währung darf nicht mit Zinsen belastet sein“ – denn diese Forderung erfüllt bereits das erste Merkmal – die Umlaufsicherungsgebühr. Weshalb wir auch den sog. „Plan B“ eines Herrn Popp, der lediglich "Plan A2" ist und auf dem gleichen Irrtum basiert, vergessen können, wie auch eine „bedingungslose Grundversicherung“. Das alles macht die Umlaufsicherungsgebühr hinfällig...

*Was wiederum Georg Kausch zu einem Kommentar im Forum animierte:*

Silber-Engels Kritik ist berechtigt.

Zwar legt Niki Vogt der Öffentlichkeit Besseres vor als die leisen "Paukenschläge" EWKs, doch das heisst nicht, dass er damit etwas Einleuchtendes leistete. Der Titel: "Regionales Freigeld statt globaler Sklaverei" ist schon Widerspruch in sich: Was örtlich geschieht, kann unmöglich "globale Sklaverei" beeinflussen.

Es fiel mir auf, dass Vogt mit der Geschichte der Regionalwährungen, zutreffender: *Nebenwährungen* der grossen Wirtschaftsnot nach 1929 die bekannten historischen Tatsachen wiedergibt, aber wenn er anschliessend eine theoretische Erklärung für ihren Erfolg versucht, gerät er sogleich ins Schwimmen. Was er ans Land zieht, ist eine der hunderte Privattheorien zur Geldfrage, mit denen wir uns leider herum-schlagen müssen.

Weil diese Leute, die Gesells Freigeldidee aufgreifen und sie offensichtlich für richtig befinden, sich nicht der Arbeit unterziehen, erst die "Natürliche Wirtschaftsordnung" zu lesen bzw. zu begreifen, bevor sie in blindem Eifer auf die Tasten klopfen. Folglich missrät ihnen die Erklärung des Zinses, der Ausbeutung, der Wirtschaftskrisen, des Kapitals. Vogt hätte sich ja mit uns in Verbindung setzen können, denn wir sind ja vom Fach. Aber er zog vor, mit dem auszukommen was er zufällig wusste. Die Tatsache, dass die damaligen "Nebenwährungen" (Wära, Wörgler Arbeitsbestätigungen) von den klerikalen Regierungen verboten wurden, hat er fuer nicht erwähnenswert befunden. Die Wahrscheinlichkeit, dass heutigen Regionalwährungen es ebenso ergehen könnte, hätten sie durchschlagenden Erfolg, kommt ihm nicht in den Sinn. Nach dem Motto: Schlecht recherchierter Artikel ist besser als gar keiner.

So etwas findet nicht unseren Beifall. Begeisterung für Gesells geniale Lösung unserer Wirtschaftsprobleme empfindet nur der, der ihre Tragweite erfasste. Und die ist viel weitgehender als Vogt vermutlich ahnt. Doch wir



hoffen, dass er unsere Einwände nicht verschmäht.

\*

**Zwischenbrief 3 zwischen DRITTER WEG 73 und 74, die nunmehr am Pfingsten erscheint.**  
am 24./25. 4. 2012 von Georg Otto

Die 2 Seiten „Piraten auf dem Wege zur Geld- und Bodenreform“ sind auch eine Fortsetzung des Textes vor Ostern: „Über welche Partei oder Bewegung sollten wir heute versuchen die Ideen der Freiwirtschaft Silvio Gesells zu verbreiten.“

Die Botschaft darin ist, dass für die Fortsetzung der Arbeit unserer Freunde in den PIRATEN ganz schnell einiges an Geld gebraucht wird, um 1. nicht nur auf dem Bundesparteitag kommenden Wochenende in Neumünster, sondern verstärkt danach, besonders die Kandidaten, die in den nächsten Monaten für die Bundestagswahl 2013 auf die einzelnen Landeslisten gewählt werden, soweit wie möglich für ihre künftige Arbeit in Wirtschaftssachen vorzubereiten, dass insgesamt eine vernünftige Arbeit von der ersten Bundestagsfraktion der PIRATEN geleistet werden kann.

Besonders unsere Aktivisten aus Sachsen-Anhalt haben dafür einen großen Aufwand an Reisekosten für Benzin und Fahrkarten aufzubringen. So kam der Landesparteitag in Niedersachsen für sie am letzten Wochenende einfach zu früh, um das dortige Chaos zu dämpfen oder gar inhaltlich einen Kurs für eine neue Geldpolitik einzubringen, was ihnen in ihrem Stammland Sachsen-Anhalt am 15. 4. gelang. Den dort mit 80% angenommenen Antrag finden Sie im Haupttext dieser Sendung unter dem Titel „Piraten auf dem Wege zur Geld- und Bodenreform“ Und damit es kommendes Wochenende auch schon bundespolitisch in diese Richtung geht und danach diese Linie ausgebaut werden kann, ist jetzt auch Ihre finanzielle Hilfe nötig. Die Konten stehen am Schluss.

In dieser Sendung finden Sie den 3. Teil der Besprechung des von der STASI beschlagnahmten Textes „FRIEDEN AUF DEM ERDEBODEN von Traugott Strung, der zu 5 Jahren Zuchthaus in der DDR verurteilt wurde. Der Text erscheint mit einem Bild, das auf meinem Ausdruck undeutlich erscheint, aber im DRITTEN WEG der Drucker wie bisher andere Bilder voll hinbekommen wird. In der Zeitschrift fassen wir die bisherigen Besprechungen in den Zwischenbriefen zusammen und schließen mit einem letzten Teil ab, in dem wir die Begründungen von Strung bringen, weshalb er die ursprüngliche Bodenreform Gesells, nämlich seine Bodenverstaatlichung ablehnt, und sich für die Wegsteuerung des Grundrentenzuwachses entscheidet, wie sie letztlich von HKR Müller ausgearbeitet wurde.

Vor einigen Tagen erhielten wir einen Bericht des Seminars für Fragen der Freiheit über ihr Seminar zur EURO-Krise am 14.-15. 4. in Bad Boll, das zeitgleich mit dem A3W-Seminar am

14. 4. in Salzgitter durchgeführt wurde. Damit noch möglichst viele Freunde von beiden Terminen im Süden und Norden erfuhren, verschickten wir noch vor Ostern den Osterrundbrief. Wir werden zu den Vorschlägen der Freunde aus Bad Boll bald Stellung nehmen. Sie scheinen sich mit unseren Vorschlägen aus Nr. 73 DRITTER WEG „Mit HORT-EURO von Krise zu Krise stolpern“ zu decken.

Gestern kam von Peter Ziegert, Frankf.-Oder, ein Marx-Zitat, das ich vor allem gestandenen Gesellanhängern keinen Tag vorhalten möchte. Ziegert war in der DDR ranghoher Offizier der NVA und besuchte nach der „Rückwende der DDR in den Kapitalismus“ - die Vorträge Prof. Bernd Senfs in Berlin, In Nr. 73 DRITTER WEG veröffentlichten wir seinen Aufsatz „SOZIALISMUS im 21. Jahrhundert“, den es zu 4 Seiten zur Arbeit in Kreisen der LINKEN (einzeln m. Porto € 2,-, sonst bis 500 Gr. Porto 1,50 und je Stück zu 0,50) gibt. In Frankfurt befindet er sich seit längerer Zeit in Debatten mit der dortigen KPF – Kommunistische Plattform in der LINKEN. Und jetzt entdeckte er Marxauszüge, die ich bisher nicht kannte, aus Kap. V „Das zinstragende Kapital“ Bd. III, während meine bisherigen Abhandlungen in der Hauptsache auf den Kapiteln Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn, dem Gesetz der fallenden Profitrate (Bd. III) und Ware und Geld und Verwandlung von Geld in Kapital Bd. I beruhen. Was fand nun Peter Ziegert im zinstragenden Kapital auf S. 430: „Geld, das Zinseszinsen trägt, wächst anfangs langsam, da aber die Rate des Wachstums sich fortwährend beschleunigt, wird es nach einiger Zeit so rasch, dass sie jeder Einbildung spottet. Ein Penny, ausgelegt bei der Geburt unseres Erlösers auf Zinseszinsen zu 5% würde schon jetzt (um 1850 Red) auf 150 Mill. Erden herangewachsen sein, in gediegenem Gold. Angelegt auf einfache Zinsen wären es nur 7 Schilling, 4 ½ Pence.“ Heute wären es n. P. Z. 360 Mill. Erdkugeln. Das Problem hängt auch mit dem von Silvio Gesell bei Marx ausgemachten Wertgespenst zusammen. DAHER verweise ich auf die letzte halbe Seite meiner beil. THEMENANGEBOTE !!!

Über viele Zuschriften und Vorschläge freue ich mich. G. Otto: alternativen-dritter-weg@t-online.de

\*

**Die Made im Speck**

[www.presstv](http://www.presstv). 26-05-12

Zweifellos genüßten gute Beziehungen allein nicht, ganz großes Glück trat hinzu, das Christine Lagarde plötzlich in den Präsidentensessel des International Monetary Fund (IMF) hievte, den ihr Vorgänger, der Jude Dominique Strauss-Kahn wegen schwerer sexueller Vergehen (an denen er, nach seiner Erklärung, völlig unschuldig wie eine Jungfrau war) unerwartet räumen mußte. Ob Christine sitzsamer als Strauss-Kahn ist, interessiert uns nicht, wir fragen vielmehr nach ihren Kenntnissen und

Fähigkeiten mit denen sie den Internationalen Geldfonds verwalten soll. Oder nach unserer Auffassung verwalten sollte, die sich bekanntermaßen sehr von denen der internationalen Großbanken unterscheidet.

Wir brauchen zum Nachweis ihrer Könnens und ihres Verstandes freilich keine Referenzen, uns genügt, was sie öffentlich zu gewissen Finanzproblemen äußert, die gerade jetzt anstehen.

In einem "Interview" mit dem britischen "The Guardian" (deutsch übersetzt: "Der Wächter") äußerte sie sich zur Finanzkrise im Griechenland:

*"Ich denke, die Griechen sollten sich kollektiv selber helfen, indem sie alle ihre Steuern bezahlen....Was Athen anbetrifft, denke ich, sollte all das Volk nicht versuchen, fortwährend die neuen Steuern zu hinterziehen...IMF plant nicht, seine Haltung zu dem Armutsprogramm zu ändern und den Bedingungen, dem Land aus der Finanzpatsche zu helfen."*

Der "Guardian" schreibt dazu, daß "20% der Griechen erwerbslos sind (inoffiziell 40-50%!), Banken am Rande des Bankrotts taumeln, Löhne und Pensionen um rund 40% gekürzt wurden. Und dazu kommt wachsende Furcht, daß Griechenland die Eurozone ganz verlassen könnte."

Ob die Lagarde diese Dinge aussprach, oder überhaupt wußte, geht aus dem Artikel nicht hervor. Die internationale Geldfonds-Präsidentin, schwätzt daher, als ob es eine Leichtigkeit ist, aus Steinen Brot zu backen. Denn die Griechen verdienen ja, infolge der Verarmungspolitik, seit bald zwei Jahren ständig weniger. Infolge dessen können sie auch immer weniger Steuern aufbringen. Und wiederum infolge dessen kann der griechische Staat, wer auch immer die Regierung bildet, seinen Zinsverpflichtungen an die internationalen Banken nicht nachkommen.

Das ist alles ganz einfach und logisch, bloß bei Christine Lagarde dringt so etwas nicht durch die Schädeldecke. Als Chefverwalter eines Milliardenchatzes, die selber ein Millionengehalt bezieht, sind Steuersorgen das letzte, das sie betreffen könnte. Sie, die buchstäblich in der Geldmasse sitzt wie die Made im Speck, fragt sich nicht, wo die Gelder, die den Griechen laufend geliehen wurden und werden, geblieben sind. Sie stehen, nach ihrer Meinung doch festgeschrieben im Schuldenbuch Griechenlands, also sind sie da. Die Made, pardon, Lagarde, kann sich nur vorstellen, daß die Griechen doch eigentlich genau so wie sie mit den (gepumpten) Milliarden schmarotzen müßten. Und infolgedessen auch die auferlegten Steuern, bzw. Rückerstattungen an Banken und IMF mit Leichtigkeit übernehmen müßten.

Woraus wir wieder einmal erkennen, wie wenig die Maßgebenden, in diesem Falle Christine Lagarde, etwas von der Dynamik des Geldes begreifen. Es liegt außerhalb ihres Faches (so widersinnig das klingt) daß kapitalistisches Geld

wie eine Naturkraft sich nach eigenen Gesetzen Wege bahnt, denen die hochbezahlten internationalen Geldfonds-Manager niemals zu folgen imstande sind.

\*

### **"Für dem Fiskus spart kein Mensch" (Silvio Gesell) Auch kein US-Amerikaner!**

*Die Vereinigten Staaten treten als politische, vor allem militärische Macht der Billionärs-Geldfinanz auf. Anders ausgedrückt: Die USA sind eine Aktiengesellschaft, die sich öffentlich zum Schein als Staat darstellt. Wir haben das beim Großen Bankenkrach gesehen, als derselbe "Staat" die Groß-Banken (aber keine kleinen) mit 700 Milliarden Dollars auf Kosten des steuerzahlenden Volkes aus selbstverschuldeter Klemme retten mußte. Aber die Verlagerung des Risikos- und der Verantwortung für die wahnsinnigen Geldverschiebungen trägt unvorgesehene Folgen. Erste Weltmacht zu spielen und zu behaupten, kostet Geld. Viel Geld. Das war schon so im alten Rom, im spanischen und britischen Weltreich. Wir haben im vorletzten Rundbrief auf die Anzeichen zunehmender Kapitalflucht aus den USA aufmerksam gemacht. Die beiden oben wiedergegebenen Meldungen beleuchten das Problem von der anderen, menschlichen Seite des (kleinen) Kapitalisten und Staatangehörigen.*

*"Der Staat hat kein anderes Geld als das, welches er seinen Bürgern vorher abnahm" (Gesell). Das amerikanische Imperium muß also das Volk zum Zahlen von Rüstungen, Kriegshandlungen, Bestechungen, Hilfgeldern, Wühltätigkeit der Geheimdienste, Provokationen, Revolutionen, kurz alles, was die Erhaltung der Machtstellung erfordert und kostet, genötigt werden.*

Das geht nur mit Gewalt. Denn der "kleine" Mann (zumal wenn er Besitz hat) schießt auf die Weltmacht, wenn sie aus seinem Einkommen bestritten werden soll. Sein Staat, nicht der Popanz BinLaden, ist der böse Feind, wenn er seinen Geldbeutel antastet.

Es ist also begreiflich, wenn viele US-Staatsbürger keinen Sinn darin sehen, einer USA anzugehören, die ihn erpressen will und sich die Gesetze dafür von einer korrupten Volksvertretung verschaffte. Wenn sie auswandern, nehmen sie ihr Geld mit, und wenn sie mehr davon haben (aber nicht reich genug sind, die Vorrechte der wenigen Milliardäre zu genießen) dürfte sich lohnen, ein paar Beamte des Gastlandes zu beschenken, auf daß sie dort Staatangehörige werden. Denn mit Geld ist man überall willkommen! Dem Leser leuchtet ein, daß die rasant zunehmende Flucht der mäßig (aber nicht übermäßig) reichen US-Bürger ins Ausland infolge so dummer Gesetze unvermeidlich ist. Wie recht hatte Gesell: "Politik ist dem Kapital gegenüber zwecklos!"

Doch die Maßgebenden ("Gesetzgeber") werden das nicht lernen, eben weil sie glauben, die

Macht zu haben, über das Geld ihrer Bürger verfügen zu dürfen. Die geplanten Steuererhöhungen ab 1.1.2013 sprechen dafür. Das US-Schatzamt will 494 Milliarden Dollars mehr einnehmen, das heißt, seinen Bürgern zusätzlich abpressen.

Diese Zahl: 494 machte uns stutzig, denn kabalistisch summiert ergibt sie nämlich 17. Solche Zahlen haben eine geheime Bedeutung, auf die man oft stößt (lies Zeitungen oder andere Medien). Sie sind eine Mitteilung für Wissende. Ihre Geheimbedeutung lautet etwa: *“Wir, die Freimaurerlogen, haben es (hier: Die gewaltige Steuererhöhung) heimlich beschlossen, dagegen gibt es keine Widerrede”*

Aber es wird auch hier, wie überhaupt, anders kommen als man glaubt. Die Inflation (ungehemmter Notendruck) des Dollars und Zinszahlungen für Staatsanleihen werden den größten Teil der erhofften Mehreinnahmen verschlucken.. Sie werden weitere tausende von US-Staatsbürgern veranlassen, ihrem räuberischen Vaterland den Rücken zu kehren, ihre Guthaben bzw. “Investitionen” werden sie dorthin “transferieren”, wo es vor dem Zugriff sicher ist. Sie werden weit mehr Vermögen dem Staate entziehen als er durch die Steuern zu gewinnen hofft. Reallöhne werden sinken, Erwerbslosigkeit wird zunehmen, das Volk rebellisch werden. Der Schrumpfprozess der US-Wirtschaft wird noch ärger werden, was wiederum schrumpfende Steuereinnahmen nach sich zieht.

Alles läuft auf die Geldfrage hinaus! Der Dollar-Imperialismus geht am selbsterzeugten Geldproblem zugrunde.

Wir und die freie Welt wünschen den Großkapitalisten der USA: Höllische Reise in den Abgrund!

\*

### **Weiter auf der Rutschbahn in die Pleite**

(16-05-12) [www.zwokedge.com/](http://www.zwokedge.com/)

“Seit dem unentschiedenen Ausgang der Wahlen am 6.Mai 2012 haben besorgte Griechen über 700 Mio. Euro ihrer Guthaben bei den Banken abgehoben. Das berichtete Präsident Papoulias gestern den Parteiführern. Der Chef der griechischen Centralbank Provopoulos hatte den Staatspräsidenten über die besorgniserregenden Vorgänge unterrichtet. Das Rennen an die Bankschalter nahm zu seitdem Griechenland ohne handlungsfähige Regierung ist. Das griechische Bankensystem ist nunmehr aus der internationalen Bankentätigkeit so gut wie ausgeschlossen. Es wird nicht mehr imstande sein, den Abzug von Depositen für hunderte Millionen Euros zu verkraften. Dies könnte der Anfang vom Ende Griechenlands sein....”

*Falsch! Griechenland geht nicht unter, weil der Euro aus den Banken verschwindet- und in*

*griechischen Privattaschen zur Ruhe kommt! Die Euro-Währung versagt; sie erfüllt in Griechenland ihre Aufgabe nicht mehr. Wenn das Vertrauen in die Währung einmal erschüttert ist, gibt es kein Mittel, das ihren Fall verhindert. Das geht aus der Kapitalflucht aus Griechenland deutlich hervor: Und so dumme Vorschläge wie von der Merkel, eine Volksabstimmung für die Eurowährung in Griechenland abzuhalten, ändern an der Krise nichts. Bezeichnend allerdings für demokratische Heuchelei in der BRd, daß die Bundesregierung eine Volksabstimmung in Deutschland über die Einführung des Euro, ja die EU insgesamt- aus Furcht vor dem Volkswillen- nicht gestattete. Man soll nicht annehmen, daß Merkel von Geld und Währung mehr versteht als eine Kuh. Auf dem selben Geistesniveau steht ihre Forderung, die Griechen müßten sich arm sparen, wenn sie in den Genuß(!) weiterer Euro-Anleihen(!) der Banken kommen wollen. Mit Recht haben die Griechen ihre Einmischung empört zurückgewiesen. Aber bei wem hat sich die Merkel schon beliebt gemacht?*

*Ja es wird interessant, was nächstens kommt. So wie bisher jedenfalls wird es nicht länger gehen.*

\*

### **“Amerikaner verzichten auf ihre Staatsbürgerschaft - Neue Rekordzahlen**

<http://rt.com/usa/news>

“Mindestens 1788 US-Staatsangehörige warfen im Jahre 2011 ihre Bürgerrechte auf den Müll, mehr als in den Jahren 2007-2010 zusammen. Seit 1998 hat die US-Finanzbehörde (IRS) darüber Statistiken geführt, aber jetzt wird ein Trend offensichtlich. Dieser Trend läuft parallel mit dem Bemühen der US-Finanzbehörden, ihre Bürger auch im Ausland schärfer zur Steuerzahlung heranzuziehen.

Von den 34 Staaten der Organisation zur Zusammenarbeit und Entwicklung sind die USA die einzigen, die ihre Bürger im Ausland besteuern, unbeschadet ob, was, wie und wieviel sie dort verdienen. Solange sie US-Bürger sind, werden sie nach US-Gesetzen zur US-Steuer herangezogen, und zwar zu jedem cent im Dollar. Die Richtlinien sind jedes Jahr weiter verschärft worden, mit der Folge, daß reiche Amerikaner der IRS ständig mehr entrichten müssen-

“Die verwickelten internationalen Vereinbarungen beim Steuerrecht und die den Bürgern auferlegten Lasten auf die Steuerzahler können von ihnen auch bei gutem Willen nicht mehr erfüllt werden”, sagte ein Beamter der IRS.

Infolge dieses Trends haben zahlreiche Millionäre, wie Reuters meldet, den Vereinigten Staaten den Rücken gekehrt, um ihre Vermögen zu erhalten. “Jeden Dollar den jemand einnimmt, verliert man an den US-Steuereintreiber”. Viele Banken außerhalb der USA sind es leid, sich dem Druck der Behörden ausgesetzt zu sehen,



die Guthaben, ihrer Kunden, die in die Millionenhöhe gehen, an die IRS zu verraten. Die Banken wollen nicht mehr mit US-Bürgern zu tun haben, weil sie sich selbst durch US-Sanktionen gefährden.

Und dieser Trend wird sich verstärken, weil die neuen "Facta"-Vorschriften ("Fair and Accurate Credit Transaction Act" 2010) die ausländischen Banken zur Offenlegung zwingen will-- durch härtere Strafen für im Ausland lebende US-Bürger. Die Banken werden veranlaßt, 30% "von USA-bezogenen Zahlungen" der Bürger bzw, Bankkunden abzuliefern, wenn sie nach Ansicht der IRS nicht ausreichend Informationen eingereicht haben, ohne Rücksicht darauf, um was für Gelder es sich handelt. Oft handelt es sich um reine Willkür.

In diesem Jahre leben rund 6,4 Millionen US-Bürger im Ausland, und die IRS erwartet von ihnen, daß sie die Steuergesetze beachten, wenn sie nicht schwerste Strafen riskieren wollen.

Allerdings, bei dem erkennbaren Trend wird ihre Zahl in nächster Zeit zusehends abnehmen."

[www.english.pravda.ru/opimiom/columnists/14-05-2012/americans\\_renounce\\_citizenship](http://www.english.pravda.ru/opimiom/columnists/14-05-2012/americans_renounce_citizenship)  
(gekürzt)

"Die hohe Belastung der US-Staatsangehörigen im Ausland durch "FACTA", der amerikanischen Steuerbehörde IRS hat viele Banken und Fondsverwaltungen in Asien veranlaßt, amerikanische Staatsbürger als Kunden rundweg abzuweisen. Dies hat für die zahlreichen Amerikaner, die Asien leben, zu unerträglichen Härten und Schwierigkeiten geführt, sowohl bei Überweisungen wie auch bei "Investitionen"" (d.h. zinsbringende Geldanlagen).

"Wenn das nicht ausreichende Gründe sind, die Staatsangehörigkeit zu wechseln, dann sind die gewaltigen Unterschiede bei den Einkommensteuern gewiß ein Anreiz dazu: In Rußland wird eine lineare Einkommensteuer von 15% erhoben gemäß der russischen Steuergesetze, in Weißrußland gemäß der weissrussischen Steuerämter ähnlich 12%, in der Ukraine erhebt der Staat 13% von allen Einkommen gleichermaßen. Aber die US-amerikanische IRS schröpft ihre Bürger, auch wenn sie im Ausland leben, mit progressiver Einkommensteuer, die zur Zeit bis zu 46% beträgt und im nächsten Jahr auf 50% angehoben wird.

Nach Angaben der russischen Ausländerbehörde leben seit 2001 über 10 000 US-Staatsbürger allein in Moskau.

Sich ins Ausland zu begeben ist gewiß ein drastischer Schritt. Aber diejenigen, die nach Rußland, Weißrußland oder Ukraine gezogen sind, betrachten ihn als die beste Entscheidung, die sie getroffen haben."

\*

## LESERBRIEF

### **Zur Frage des vollen Arbeitsertrages**

Ein Leser schreibt uns:

„Im Rundbrief Nr. 50 wurde in einem Aufsatz „*Arbeit macht (nicht immer und überall) das Leben süß*“ das Problem Arbeit und Arbeitslohn abgehandelt. Interessant fand ich die Feststellung, daß die ethische Einstellung zur Arbeit an sich zwischen den Völkern und Rassen beachtliche Unterschiede aufzuweisen scheint. Darüber hatte ich noch nichts gehört.

Jedoch scheint mir die Behauptung des Verfassers übertrieben, daß man in der Freiwirtschaft mit „etwa 1/10 der Arbeitsleistung“ besser auskommen würde als heute. Ich sehe ein, daß wir durch den Fortfall des Zinses unser Einkommen mindestens verdoppeln würden, und mit der Freilandreform würden wir es nochmals verdoppeln, wir also gut und gern mit dem vier oder fünffachen Lohn rechnen dürfen. Woher noch weitere Verbesserungen kommen sollen, wurde nicht gesagt. Ich denke, wir sollten uns hüten, mehr zu versprechen als die Beseitigung der Ausbeutung durch Zins und Grundrente billigerweise ergibt.“

*Georg Kausch, Verfasser des kritisierten Aufsatzes, schreibt uns hierzu:*

„Unser Leser sieht die Wirkung von Freigeld und Freiland auf den Arbeitsertrag durchaus richtig. Es ist aber folgendes zu beachten: Die freiwirtschaftliche Umgestaltung unseres Wirtschaftsleben macht mit der Beseitigung der Ausbeutung durch Kapitalzins und Bodenmonopol nicht halt. Wir lassen dabei unberücksichtigt, daß Wirtschaftskrisen, Deflationen, Rezessionen und damit Massenarbeitslosigkeit verschwinden, wodurch ein Millionenheer williger Arbeitskräfte in die Warenerzeugung eingeschleust wird, das mithilft, den Zinsertrag der Produktionsmittel zu drücken.

Die Auswirkungen der Freigeldreform gehen viel weiter als nur den Zins abzubauen. Rückwirkungen auf andere Gebiete müssen in Betracht gezogen werden.

Als erstes ist die Verringerung des Handelsgewinns zu nennen. Einzel- und Großhandel konzentrieren sich weitgehend in wenigen Händen, die Milliardenumsätze und –gewinne einstreichen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Eigentümer von Handelsketten Milliardäre geworden sind, obwohl sie sich im Volke als besonders „billig“ einen großen Ruf verschafften: Ich denke an die ALDI-Brüder! Offensichtlich, wenn Händler trotz (und wegen) billiger Angebote Milliardenprofite machen, nutzen sie nicht allein den Zins, sondern die Trägheit des Geldes im gegenwärtigen Umlauf für sich aus!

In der Tat, die Handelsspannen sind heute mit durchschnittlich 50% und darüber größer als vor 100 Jahren abertausende Kleinkrämer („Heringsbändiger“ genannt) mit nur 30% Preiszuschlag verdienten! Der vielgepriesene Wettbewerb im allgemeinen Handel hat die Handels-

unkosten NICHT verringert!

Erst Freigeld wird die Monopolisierung des Einzelhandels in wenigen Händen brechen, weil im freiwirtschaftlichen Staat der Großhandel direkt mit dem Verbraucher in Verbindung tritt und der Einzelhandel zurücktritt. . Silvio Gesell hat dies in der N Wo Abschnitt „Wie das Freigeld beurteilt wird“ dargestellt. Er führt dort aus, daß der gewaltige Aufwand überflüssig wird, die Waren in den Handel zu bringen. Die ungeheuren Kosten der Werbung fallen fort (eine Milliardenindustrie, die nur den Profiten der ganz Großen dient!) fallen fort. Es ist nicht einfach, das Geld aus den Taschen zu locken. **Die Waren suchen nach Geld, Freigeld aber sucht die Waren auf.** Der erfahrene Kaufmann Gesell mußte es wissen, er rechnet *bei umlaufendem Freigeld mit nur noch ein Prozent für den Handel.* **Das ergibt einen zusätzlichen Einkommenszuwachs für den Arbeiter (im weitesten Sinn) von fast 50%!**

Ein weiteres Verlustkonto, das mit dem Handel in enger Verbindung steht, sind Transportkosten. Das gesamte Beförderungsgewerbe ist so politisch verfilzt, finanziell korrupt, wirtschaftlich verrottet und beutet sein Personal so unverschämt aus, daß man bei der Einführung der Freiwirtschaft nicht daran vorbeikommen wird, durch scharfe Eingriffe es völlig neu zu gestalten. Wir werden uns ein andermal diesem Problem näher widmen.

Wer die endlosen Kolonnen von Schwerlastzügen auf den Autobahnen sieht- und oft genug Gelegenheit hat, sie zu verfluchen- ahnt zumindest, daß der „LKW-Wahnsinn“ (laut SPIEGEL 34/99) auf Deutschlands Straßen *finanzielle bzw. geldliche Ursachen* haben muß. Denn ohne saftige Gewinne sind die Milliardeninvestitionen in LKWs und was da dran hängt eben nicht zu verzinsen. Nicht nur Fuhrbetriebe fahren Milliardengewinne ein, Auto- und Ölindustriekonzerne leben auch davon und sie leben nicht schlecht, das heißt, für sie sind gleichfalls einträgliche Gewinne die Regel. Und sie sorgen durch politische Einflußnahme dafür, daß es so bleibt.

Nun könnte unser Leser einwenden, dies würde ja mit dem Abbau des Zinses sowieso anders. Doch hier übersieht er, daß privater Autoverkehr- und LKW insbesondere- ohne erhebliche steuerliche Begünstigung (lies Subsidien) nie den heutigen umweltschädlichen Umfang erreichen würde.

Die kapitalistischen Großunternehmen nutzen diese unverdienten Vorteile profitabel aus. Geringe Preisunterschiede der Löhne oder Erzeugnisse genügen, daß LKW-Kolonnen sie von der einen zur anderen weit entfernten Stelle karren. Obiger Spiegel-Artikel erwähnte als beispielhaft, wie Kartoffeln aus Norddeutschland oder Holland nach Italien gefahren, dort gewaschen und verpackt den Weg wieder nach Deutschland per LKW reisen. Oder Büsumer Krabben nach Polen rollen, um von dort bearbeitet den gleichen Weg

zurück nehmen, eine Reise von etwa 1100 km, Endstrecke zum Supermarkt nicht berücksichtigt. Oder daß die Zutaten eines Yoghurt-Bechers einen errechneten Transportweg von 3494km zusammen brachten. Alle diese Kosten/Unkosten- werden selbstverständlich auf die Verbraucherpreise übergewälzt, sie verteuern die Waren ganz erheblich, und zwar *bevor* der Handelsgewinn draufgeschlagen wird.

Hätten wir die Freiwirtschaft und den Verkehr aus dem erschlichenen finanziellen Chaos befreit, würden wir uns wiederum wirtschaftlich und einkommensmäßig vorteilhafter stellen. Denn dann würden die Transportkosten, zusätzlich zum Fortfall der Zinsbelastung, auf ihr wirkliches Maß zurechtgestutzt. Das heißt, die Erzeugnisse eines Landkreises würden durch Eigenerzeugung etwa 80-85% aller Lebensbedürfnisse seiner Bewohner decken. Da käme man mit leichten LKW im Nahverkehr glänzend aus. Wiederum müssen die Einsparungen im Ergebnis auf die Löhne durchschlagen.

Wenn man dazu erfährt, daß die Kosten des heutigen Schwerlastverkehrs in Deutschland jährlich dreistellige Milliardenbeträge erreichen- begreiflicherweise nicht genau zu ermitteln, sollen es auch nicht werden- dann dürfen wir mit Freigeld infolge der überflüssigen Güterbewegungen weiterhin erhebliche Einkommenverbesserungen aus fortfallenden Staatsausgaben für uns erwarten.

Das heißt, eng in Verbindung mit den Verkehrskosten steht das Steuersystem. Hierüber gibt es weniger Zweifel, weil jeder von uns sich mehr oder weniger damit beschäftigt hat. Wir gehen bekanntlich davon aus, daß mit der Freigeld Einführung eine umfassende Steuerreform notwendig sein wird. Wir haben die bessere Einsicht in Gelddingen und besitzen ganz bestimmte Vorstellungen, wie das Steuerwesen der Zukunft sein wird. Nicht nur, daß alle Steuern auf Sparguthaben sofort abgeschafft werden, das versteht sich von selbst. Die Haupteinnahmequelle sind im heutigen Finanzsystem indirekte Steuern, die, Gipfel der Gemeinheit, nur vom „kleinen Mann“ getragen werden. Sie verzerren Preise und Angebot auf dem Markt. Ferner werden sie für alle möglichen, unmöglichen und unsinnigen Ausgaben und Projekte ausgegeben, wie Magnetbahn, Autobahnausbau, Rüstung, Entwicklungshilfe, Bonzen-Prasserei und was sonst noch. Man denke an Parkinsons „Gesetz“: „Ausgaben wachsen um die Einnahmen zu verbrauchen!“ Der kleine Mann bezahlt alles, aber unter der Freiwirtschaft gibt's nichts zu vergeuden.

Da nach Ansicht vieler der Steuerfild bereits 60-70% des Arbeiter-Einkommens verschlingt, werden wir uns mit der freiwirtschaftlichen Steuerreform wiederum gut 50% besser stehen. Und das ohne Berücksichtigung der Verzinsung der Staatschulden, denn die sind ja nicht der einzige Ausgabenposten.

Der nächste Punkt, dessen Zusammenhang mit der kapitalistischen Ausbeutung auch nicht ur-

sächlich begriffen wird, ist das Gesundheitssystem. Fest steht, daß das Gesundheitssystem im weitesten Sinne ständig zunehmende Umsätze verzeichnet. Es nimmt einen ständig wachsenden Anteil sowohl am Lohn als auch den Steuern für sich in Anspruch. Die Profite der Pharmaindustrie sind bereits größer als im Rüstungsgeschäft. Sie rühren weniger von Zinseinkünften her, sondern daß mit kranken Menschen ein Riesengeschäft betrieben wird. Ob die Menschen heute kränker sind als früher vermag ich nicht zu sagen. Manche behaupten, seelische Überbeanspruchung sei häufiger als körperliche Überlastung, Beweis seien die überfüllten Kurorte mit „gestressten“, nervlich ruinierten Patienten. Die wiederum rekrutieren sich aus der Jagd nach Geld. Der psychischen Belastung ist der Kleinunternehmer kaum weniger ausgesetzt als die mißhandelten „Mitarbeiter“ der Großkonzerne. Andererseits nutzen bekanntlich „Experten“ unter der Angestellten- und Arbeiterschaft das System mit erfundenen Beschwerden nach Kräften aus- eigentlich kann man es keinem vedeken. Es sind die Ehrlichen, Fleißigen, Gesunden, die diese verrottete Bude vor dem Zusammenfall bewahren! Man kann deren Ärger über die horrenden Kassenbeiträgen verstehen, wo man dauernd einzahlte, will man schließlich mal etwas herausbekommen!

Nicht zuletzt aus Geldgier sind die Berufsmediziner weitgehend in Verruf geraten. Ihre eigensüchtigen Geschäftspraktiken werden zu offenkundig. Um sich unentbehrlich zu machen, sind Krankheiten- und fragwürdige Heilmethoden von ihnen regelrecht erfunden worden (z.B. „Aids, die Krankheit, die es gar nicht gibt“). Seitdem sich die von diesen Kreisen unterdrückten biologischen Gesetze Dr. Hamers allmählich im Volke herumsprechen, steht fest, daß die Gesundheitsindustrie genau so überflüssig ist wie der Schwerlast-LKW-Verkehr. Nur das Profitinteresse ihrer Nutznießer und Hintermänner verhindert den Durchbruch der Germanischen Heilkunde. Aber mit Freigeld wird er unaufhaltsam. Das wird sich weniger darin auswirken, daß komplizierte Behandlungsgeräte aus der Industrie wegen des Zinsabbaus billiger werden, sondern sie werden überhaupt überflüssig. Wenn der Mensch nicht mehr ausgebeutet wird, wenn er endlich Ruhe und Besinnung für sich gewinnt, wird er selbst alles tun, seine Gesundheit zu pflegen, und zwar ohne Krankenkasse und Gesundheitsbürokratie, auch *lohnt es sich dann nicht mehr krank zu sein*. Folglich werden dann nicht mehr horrend Kassenbeiträge den Bruttolohn vermindern, und der Unternehmer spart seinen Pflichtanteil ebenso (den er auf seine Erzeugnisse aufschlagen mußte).

Wir dürfen also rechnen, daß infolge der gelösten Gesundheitsfrage sich unser Einkommen abermals erheblich vermehren wird, und das wiederum neben dem allgemeinen Zinsabbau.

Zwar nicht so bedeutend, aber unübersehbar möchte ich zu guter Letzt noch auf die MODEN

hinweisen, die sich, in freiwirtschaftlicher Sicht, als ein heute sehr gängiges Mittel erweisen, Menschen im Trab und zur unnötigen Geldausgabe anzuhalten. Daß die weibliche Eitelkeit in der Kleidungsmode vom Textil- und Handelskapital pausenlos angestachelt wird, wurde schon von vielen festgestellt. Dagegen anzugehen erwies sich bisher als vergeblich. Die Beeinflussung der Mode ist so übermächtig wie in der politischen Propaganda. Und beide dienen ja demselben Zweck: Profit! Wer nicht mitmacht, wird sofort schief angesehen. Die Angst nicht „dazuzugehören“ beruht auf zu geringem Stolz und Selbstbewußtsein, und wie kann jemand den Kopf hoch tragen, wenn das Ausbeutesystem uns zwingt, sich ihm zu beugen?.

Es gibt allerdings auch Modeartikel, die kosten den Normalbürger sogar einen Großteil (ca. 25%) seines Nettoeinkommens. Weil täglich gehirngewaschen, unterwirft er sich willig dem raffinierten Modesystem und zahlt, um nicht beschämt zu werden: Ich meine der Besitz eines Autos.

Ein Amerikaner im Dienste der Rockefellers hatte in der großen Krise von 1929-1933 die grandiose Idee, den *Personenkraftwagen zum Modeartikel* zu machen. Alfred P. Sloan, Generaldirektor von General Motors ordnete an, alle paar Jahre das Erscheinungsbild des Autos so zu verändern, daß der Autokunde aus Prestigegründen sich das jeweils neueste Modell anschaffen müsse. Es ergeht ihm wie seiner Frau und Töchtern, die die Umschwünge von geschlossenen Kragen zur halboffenen Brust und nacktem Bauchnabel, vom Kleid zur Hose; danach zu Einheits-„Jeans“, gehorsam mitmachen, die guterhaltenen, aber „altmodisch“ gewordenen Kleider umgehend wegwerfen und dafür die Bekleidungsindustrie und ihre horrenden Preise bezahlen- Verzinsungsprofite obendrauf, natürlich.

Die naheliegende Folge: Diese Artikel brauchen gar nicht länger zu halten, bis sie „aus der Mode“ kommen. Sie sind mit der „eingebauten Veraltung“ ausgestattet, sind Wegwerfgegenstände und gewissermaßen vom Produzenten mit dem Griff dazu versehen.

Den Schaden tragen wir. Es war Teil dieses absurden Programms, die Stoßstangen abzuschaffen, sodaß moderne Autos einen „Aufprall“ von 1 km/h nicht mehr ohne blamablen Blechschaden überstehen. Vom Standpunkt der Autoindustrie sind solche schäbigen Tricks notwenidg, an das Geld der Kunden zu gelangen. Es wäre gar kein Problem ein Auto so solide zu bauen, daß es von Verschleißteilen abgesehen- kleinere Kollisionen (die das meiste Geld kosten) übersteht und obendrein dreißig Jahre lang hält.

Die Entwicklung, Anfertigung der Pressformen und Werkzeuge für jeweils neue Modelle dauert Jahre. Die auffallenden Änderungen der äußerlichen Formgebung des Automobils, als auch die für den Autofahrer nachteilige Beseitigung von Schutzvorrichtungen, wie die erwähnten Stoß-

stangen und Seitenschutzleisten werden geheim von den Spitzen der Autoindustrie weltweit abgesprochen.: Daher sehen sich die „neuen Modelle“ untereinander immer erstaunlich ähnlich. Darum kommen alle neuen Modelle aus Korea, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, USA usw. fast gleichzeitig auf den Markt. Daß die alten dann weggeworfen werden, versteht sich, und daher gehen alle paar Jahre überall Milliardenwerte auf den Schrotthaufen.

Diese „Wegwerfgesellschaft“ ist uns aufgezwungen. Wir stützen unfreiwillig das Ausbeutungssystem und seine Profite mit Dingen, die wir entweder nicht brauchen oder deren Teile absichtlich stetig so verändert werden, daß ein kleines Schaltelement, etwa ein Thermostat, nicht mehr ersetzbar ist und infolgedessen ein ganzer Ofen oder Kühlschrank weggeworfen werden muss.

Zu unseren Reformvorschlägen gehört daher in unserem technischen Zeitalter auch eine gesetzliche Normung von Verschleißteilen. Damit würde ein Auto mühelos das vierfache der heutigen (5-8 Jahre) Lebensdauer, ein Kühlschrank sicherlich lebenslang in unseren Diensten stehen. Bedenken wir abschließend einmal, wieviel weniger Ausgaben uns erwachsen würden, wenn wir nicht mit dem heutigen „altmodischen“ Schund Müllkippen und Autofriedhöfe füllen müßten!

Auch die Umwelt kann hier durch Freigeld und Freiland ganz gewaltig gewinnen, billig und so nebenbei!

Zusammenfassend stellen wir fest, daß **außer der Überleitung der arbeitslosen Einkommen in den Arbeitsertrag die Auswirkungen der Freiwirtschaft auf die gesamte Wirtschaft einzubeziehen sind**. Das kapitalistische Geldsystem hat sich eine Umwelt geschaffen, die auf die Aufrechterhaltung des Zinses zugeschnitten ist. Mit der Freiwirtschaft geht diese zwangsläufig zuende.. Selbst wenn diese Veränderungen große innerliche Umstellungen verlangen werden, sie kommen ausschließlich uns zugute. Von rein materiellen Standpunkt gesehen, dürfte das Endresultat unserer geplanten Reformen von einer rund zehnfachen Verbesserung unserer Verhältnisse nicht allzu weit entfernt liegen.

\*

## ERINNERUNG

Die Abogebühren für diesen Rundbrief betragen 10,- Euro im Jahr und sind als reiner Kostenschuss zu betrachten. Die reinen Abo-Empfänger (nicht die Mitglieder) werden gebeten ihren Beitrag auf das Konto 2629909 bei der Voba Montabaur 57091000 einzubezahlen. Dieses Konto ist auch für uns zugeordnete Spenden zu benutzen.

\*

## BUCHWERBUNG

Nach wie vor im Angebot ist das Buch von Georg Kausch „Die unbequeme Nation“, das gegen eine Spende von 20,- Euro zu bekommen ist.

### **Die unbequeme Nation**

Im Jahre der 2000sten Wiederkehr der Schlacht bei Kalkriese, auch Hermanns- oder Varusschlacht genannt, ist es angebracht zu untersuchen, was Römer und andere fremde Mächte von den Deutschen und in ihrem Land wollten. Es ist bekannt, daß der Kampf zwischen Deutschen und Rom über 400 Jahre weiterging und mit dem Untergang des römischen Imperiums endete. Schon vor der letzten Entscheidung kam eine andere Macht empor, die in der Eroberung und Unterwerfung der deutschen Nation mehr Erfolg hatte: Die Kirche. Aber auch sie hat bis heute nur teilweise gesiegt und im 1500jährigen Kampf mit der deutschen Nation viele Rückschläge erlitten. Das Buch enthüllt unbekanntes Zusammenhänge zwischen Religion/ Christentum, Landraub, Geld, Priestertum und Kapitalismus - Einflüsse, die entweder von allen Historikern verschwiegen, nicht beachtet oder nicht verstanden worden sind. Diesen Spuren wird im Buch nachgegangen, wobei der Verfasser geradezu sensationelle Ergebnisse aufzeigt. Priesterbünde üben ihre Herrschaft nicht nur über die Seelen, sondern auch das materielle Dasein der Menschen und die Volkswirtschaft durch ihre Geldmacht aus. Es stellt sich heraus, daß es Konjunktur und Rezession seit Jahrtausenden gibt und dem Menschengeschlecht schwer geschadet hat. Aber damit dürfen wir uns nicht abfinden. Jedes Wirtschaftssystem und jede Religion ist Menschenwerk; kann zerstört oder verändert werden, und Machthaber sind auch sterblich.

ISBN 978-3-00-028498-4

